

# Gebührender Umgang mit Angehörigen der NSU-Opfer

**Zum Vorschlag des Thüringer Rechnungshofpräsidenten Sebastian Dette, die Entscheidung über die Neubesetzung eines Direktorenpostens während der NSU-Sondersitzung des Landtags am 22. August vorzunehmen, erklärte Bodo Ramelow, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE:**

„Wir können einer Vermischung des NSU-Themas mit Personalien des Rechnungshofs nicht zustimmen. In dieser Sondersitzung stehen ausschließlich die Opfer des NSU-Terrors und ihre Angehörigen im Mittelpunkt sowie die notwendige Aufklärungsarbeit des Untersuchungsausschusses. Der Thüringer Landtag darf sich dabei nicht von anderen allgemeinen Alltagsthemen ablenken lassen – seien sie auch noch so wichtig. Dieser Tag ist

einfach kein Termin, um Personalfragen zu klären oder gar politische Streitigkeiten auszutragen.“ Im Vordergrund stehe die Aufarbeitung des Versagens der Thüringer Behörden und ein würdiger Umgang mit den Familienangehörigen. „Diese Landtagssitzung wird höchst emotional sein, wenn auf der Besuchertribüne viele Angehörige der Opfer anwesend sind. Will Herr Dette wirklich in dieser Situation Personalfragen entscheiden lassen, gerade wenn sie strittig sind?“, fragte Bodo Ramelow.

Der Fraktionschef der LINKEN verwies darauf, dass seine Fraktion einen zielführenden Vorschlag unterbreitet hat, sowohl die vorgeschlagene Personalfrage in Rudolstadt zu lösen als auch die innere Verfassung und Unabhängigkeit des Rechnungshofs zu stärken. Unmittelbar nach der Landtags-

wahl könne eine einvernehmliche Besetzung der Direktorenstellen vorgenommen werden. Die Auswahl erfolge nach dem Prinzip der Bestenauslese sowie der Berücksichtigung der Entscheidung des Rechnungshofs.

Gleichzeitig zu den notwendigen strukturellen Veränderungen im Rechnungshof könnten die vom Präsidenten vorgeschlagenen Einsparungen Realität werden. „Wir wollen die innere Unabhängigkeit und Selbststeuerung des Rechnungshofs stärken und damit erhalten sowie gleichzeitig den Rechnungshof als Kollegialorgan wieder stärken. Hierzu liegen unsere Vorschläge auf dem Tisch, die jenseits vom Wahlkampf zügig und einvernehmlich umgesetzt werden können“, erklärte der LINKE-Politiker. Die Sondersitzung zum Thema NSU sei jedenfalls ungeeignet dafür. ■

## Antikorruption: Neue Richtlinie vorlegen

Die Landesregierung soll bei der Überarbeitung der veralteten Antikorruptionsrichtlinie „endlich Ergebnisse liefern“, so LINKE-Abgeordneter Knut Korschewsky. Dabei sei es geboten, externen Sach- und Fachverstand z.B. aus Organisationen und Verbänden in Form einer Anhörung hinzuzuziehen. Dass die Landesregierung darauf verzichten wolle, sei unter fachlichen Gesichtspunkten hochproblematisch.

Der Thüringer Innenminister Jörg Geibert hatte bei der Beratung des LINKE-Gesetzentwurfs für ein Thüringer Antikorruptionsgesetz sowie der Beantwortung einer Anfrage im März im Landtag eine Überarbeitung der Richtlinie zur Antikorruptionsarbeit angekündigt. Dies ist bisher nicht erfolgt. Nun erklärte die Landesregierung, dass die Neufassung der Richtlinie noch in dieser Wahlperiode im Staatsanzeiger erscheinen soll. „Die LINKE wird die Kontrolle dieser Aussage im Auge behalten. Wenn die Landesregierung schon kein Landesgesetz will, wie dies aber von Antikorruptionsorganisationen gefordert wird, so ist die Modernisierung der Richtlinie das Mindeste“, so Knut Korschewsky mit Blick auf Medienberichte, wonach die Zahl der Korruptionsfälle in Thüringen im Jahr 2013 weiter angestiegen sei.

„Korruption ist leider auch in Thüringen ein Thema. Im Rahmen der Justizministerkonferenz Anträge auf Einführung eines bundesweiten Korruptionsregisters zu stellen, ist die eine, sicherlich zu begrüßende Seite. Die zweite und praktische Seite ist allerdings die Umsetzung auf Landesebene. Hier hätte die Landesregierung schon lange nach Vorlage des LINKE-Gesetzentwurfs handeln können und müssen. Dieses hat sie wieder einmal verpasst. Es kommt aber darauf an, auch in Thüringen selbst wirksam gegen Korruption vorzugehen.“ ■

## Spendengelder für Schulhofgestaltung



*Die (Wahlkreis-)Abgeordnete der Linksfraktion Karola Stange und die Abgeordnete Diana Skibbe, zugleich Vorsitzende des LINKE-Abgeordnetenvereins Alternative 54 e.V., mit Schülerinnen und Schülern sowie Lehrerinnen der Regelschule Kerspleben (bei Erfurt), die während einer Fraktionssitzung im Juli eine Spende entgegennehmen konnten, gespeist auch aus den Einnahmen des Cafés, das die LINKE am Tag der offenen Tür des Landtags betrieben hatte. Diana Skibbe sprach von einer schönen Tradition, die Gelder für soziale und gemeinnützige Projekte zur Verfügung zu stellen.*

*An der Schule in Kerspleben, so wurde den Abgeordneten der LINKEN erläutert, soll der Schulhof noch schöner werden und das Gemeinschaftsgefühl stärken. Dafür wollen sie neben anderen Gestaltungselementen noch zwei Bänke anschaffen. Sitzgruppen, ein Freiluftbackofen für besondere Feierlichkeiten, eine Wetterstation gehören*

*bereits zum angenehmen Ambiente, ein weiterer Bereich soll im neuen Schuljahr als Naturzentrum gestaltet werden, auch mit Blick auf die Öko-Bildung.* ■

## DAS LETZTE ...

von Stefan Wogawa

### Das Thema selbst

Zunächst hatte ich gezögert. Auf die Anfrage im Frühjahr, eine Fortsetzung meines Buches „Die Akte Ramelow“ von 2007 zu schreiben, bat ich um Bedenkzeit. Aus zwei Gründen. Einer davon ein ganz praktischer. Zeit. Die zusätzliche Arbeit durch die Begleitung eines Untersuchungsausschusses. Der andere Grund: das Thema selbst.

Es geht, daran sei erinnert, um die Bespitzelung eines Abgeordneten durch deutsche Geheimdienste. Kein Roman, keine Fiktion, keine lange zurückliegende Geschichte. Realität. Als „Die Akte Ramelow“ im November 2007 im Bundestag präsentiert wurde, nahm mich kurz vor Beginn der Veranstaltung der damalige Linkspartei-Vorsitzende Lothar Bisky zur Seite. „Da habt ihr ja allerhand herausbekommen“, sagte er. Dann nach kurzer Pause: „Manchmal denke ich, man lebt einfacher, wenn man darüber gar nicht so viel weiß...“ Und er lachte leise, auf die Art, wie er das so gut konnte; mehr Worte waren nicht nötig.

Natürlich ist seitdem viel passiert. Bodo Ramelow musste durch einen langen juristischen Instanzenweg (die „Akte“ endet vor dem ersten Urteil), Hoch und Tief, Himmel und Hölle. Der Blick auf Geheimdienste ist ein anderer, nach NSU und NSA. Am Ende habe ich zugesagt. Wieder aus zwei Gründen. Das engagierte Team des Weimarer Eckhaus-Verlages, die das Buch unbedingt machen wollen, ist der eine. Der andere ist – das Thema selbst. Denn dazu gehört die Erkenntnis, dass man sich wehren kann, gegen die vermeintliche Allmacht der Dienste, zu deren Geschäftsgrundlage es immer gehört, Angst zu verbreiten. Diesen Kampf aufzunehmen, wie es Bodo Ramelow über Jahre getan hat, ist aller Ehren wert. Ich wollte diese Geschichte zu Ende erzählen. Ende August wird das Buch erscheinen (Vorwort: Gregor Gysi): „Ein gewisser Herr Ramelow.“ ■

## IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

### Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

### Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa  
Telefon: 0361 - 377 2293; Fax: 0361 - 377 2321  
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de  
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszuweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.